

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. * Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Verfammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Unser Verbandshaus

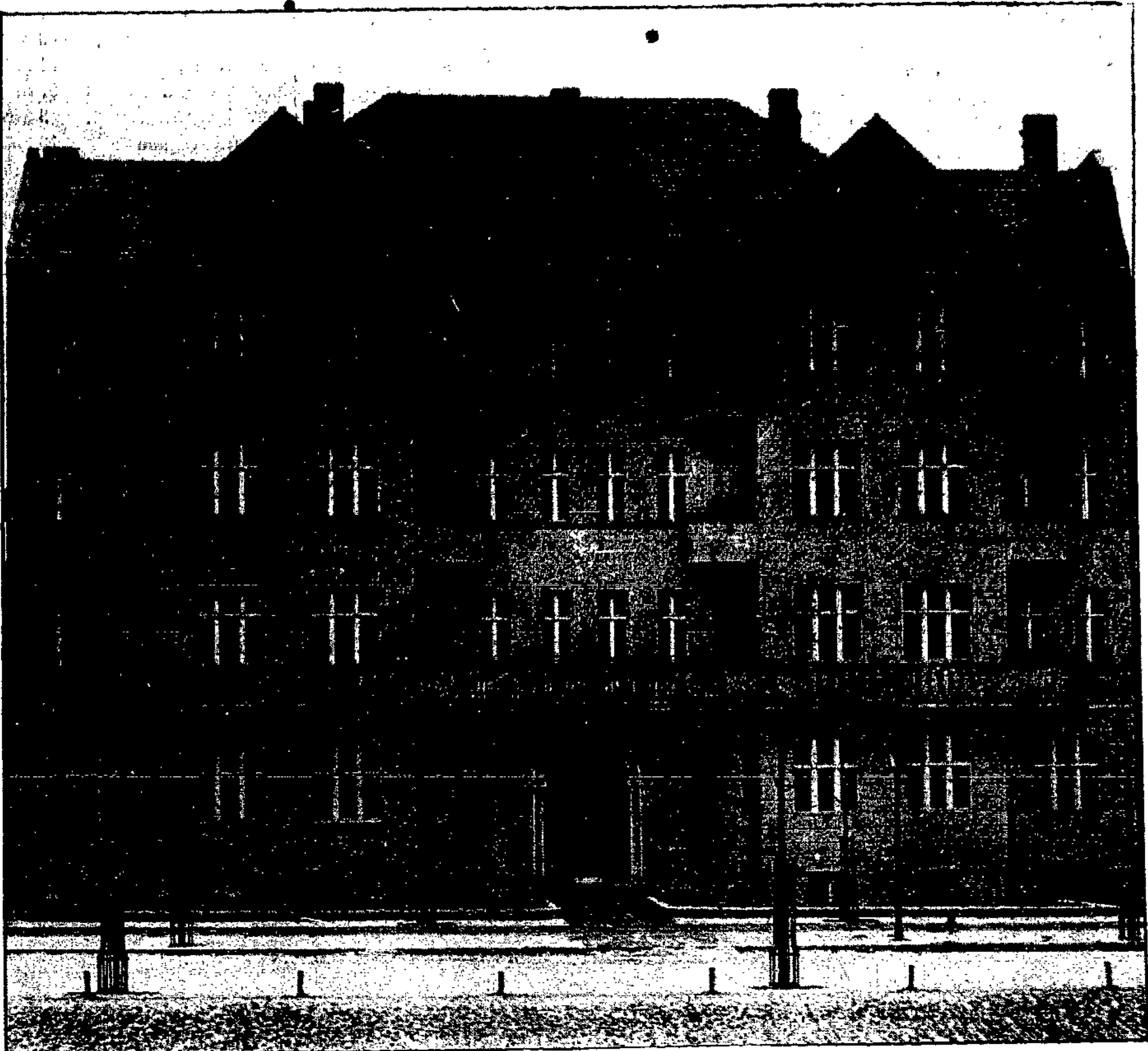
Anfang Januar d. J. hat unser Verband ein eigenes Heim bezogen. Ein Bild desselben bringen wir untenstehend. Wie im privaten Leben das eigene, schuldenfreie Heim als Zeichen einer soliden wirtschaftlichen Grundlage des Besitzers gilt, so verkörpert sich in einem eigenen Verbandshause die Entwicklung, die Lebenskraft und der Lebenswille des Verbandes.

Als im Frühjahr 1900 die Mitgliederzunahme des Ende August 1899 gegründeten Verbandes die Errichtung eines Bureaus in Berlin notwendig machte, stellte der damalige Verwalter und Erbauer des Leo-Hospitales, Dr. Gille, ein Zimmer unentgeltlich zur Verfügung. Die Büromöbel bestanden aus einem von demselben Herrn gerne geschenkten Schreibpind und einigen Wirtschaftsstühlen. In diesem Zimmer wurden alle Arbeiten für den Verband abgewickelt; die Korrespondenzen erledigt, das Verbandsorgan redigiert und zum Teil versandt, die Hauptkasse geführt, das Verbandsmaterial verschickt und der Arbeitsnachweis für die Verbandsmitglieder in Groß-Berlin verwaltet. Als im Herbst desselben Jahres eine Aenderung in der Hauptverwaltung eintrat, mußte für das Zimmer Miete gezahlt und auch etwas Ausstattung vom Althändler beschafft werden. Im Laufe des folgenden Jahres wurden dann im Vorderhaus desselben Grundstückes zwei Zimmer für das Zentralbureau des Verbandes gemietet, weil es unmöglich war, dauernd alles in einem Raum erledigen zu können. Im Mai 1903 wurde das Bureau in das Nebenhaus, Rüdersdorfer Straße 44, verlegt und drei Räume bezogen. In den Jahren 1903 bis 1907 hatte unser Verband den größten Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Das bedingte mehr Angestellte an der Zentrale und mehr Bureauräume. So erfolgte Anfang April 1906 die Bureauverlegung von der Rüdersdorfer Straße 44 nach Nr. 60, wo zunächst fünf Räume bezogen wurden. Als die Parterre-Etage nicht mehr genügte, wurden eine Treppe gelegene Räume hinzugemietet, bis auch diese Etage ganz von uns in Benutzung war.

Die Entwicklung unseres Verbandes und der weitere innere Ausbau desselben forderten aber gebieterisch umfassendere und bessere Registraturanlagen, die sich im bisherigen gemieteten Heim nicht gut herstelligen ließen. Nach eingehender Beratung des Zentralvorstandes mit der Revisionskommission kam man zu der Ansicht, es sei das Beste, ein eigenes Haus zu errichten,

bei dessen Bau ganz auf die Verbandsbedürfnisse Rücksicht genommen werden kann. Wer öfters umzieht, wird stets die Erfahrung machen, daß dieser oder jener Gegenstand, der in der bisherigen Wohnung seinen Zweck erfüllte, in der neuen nicht verwendbar ist. Ähnlich geht es mit den Bureaueinrichtungen. Eine intensive Raumnutzung ist in Mieträumen nicht so gut möglich wie im eigenen Heim, weil man nie weiß, ob dieser oder jener Schrank oder andere Gegenstand auch in einem anderen Hause so zweckdienlich verwendet werden kann. Hohe Mietpreise aber erfordern dieses.

Da wir über kurz oder lang doch zum Baue eines eigenen Hauses schreiten mußten, ließen kaufmännische Gesichtspunkte es ratsam erscheinen, das Grundstück in einer Zeit zu erwerben, wo sich der Preis dafür am billigsten stellte. Nach Ueberwindung der Krise darf mit einem Anziehen der Bodenpreise gerechnet werden; es gibt Kreise, die nach dem Kriege, den man damals ja nicht voraussagen konnte, mit einer erheblichen Preissteigerung rechnen. Ein günstiger Friedensschluß, der Deutschland gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten bringen wird, läßt das als sehr wahrscheinlich annehmen.



Für Lage und Baufamen zwei Hauptbedingungen in Betracht: Das dafür notwendige Kapital muß sich gut verzinsen und die Räume müssen hell sein und ständigen Zutritt frischer Luft haben. Beide Bedingungen sind erfüllt, und die Fahrtverbindungen vom Verbandshaus nach anderen Teilen Groß-Berlins sind gute.

Das Grundstück wurde im Jahre 1911 erworben, am 4. Mai mit dem Ausschachten und am 14. Mai mit dem Bau begonnen. Am 4. Juli konnte das Richtfest begangen werden. Die Rohbauabnahme fand bereits in der Kriegszeit, am 4. August, statt. Die Ausbaurbeiten währten bis Weihnachten. Anfang Januar 1915 wurde der Einzug der Verbandsbureaus gestattet. Angestellte des Verbandes wohnen nicht im Hause, dazu ist der Preis der Wohnungen zu hoch.

Die gesamten Arbeiten, von den ersten Zeichnungsstrichen bis zur Schlüsselabgabe, wurden einem Generalunternehmer, dem Architekten Alb. Schild-Berlin-Wilmersdorf, übertragen.

Hauptsächlich aus diesen praktischen Gründen, dann aber auch um das Ansehen des Verbandes nicht durch eine zu armselig scheinende Geschäftsstelle herabzudrücken, ist das eigene Heim errichtet worden. Dem Schreiber dieses wurde mehr wie einmal von wohlmeinenden Kollegen anderer Verbände gesagt, es sei Zeit, daß der Bauarbeiterverband seine Bureauverhältnisse verbessere, damit er nicht einen zu ärmlichen Eindruck nach außen mache. Heute braucht dieser Rat nicht mehr erteilt zu werden. Das Verbandshaus kann sich sehen lassen. Es macht keinen propägen, wohl aber einen solid-kraftigen Eindruck.

Das Haus ist aus finanziellen Gründen in einem östlichen Vorort Berlins dicht an dessen Grenze und an einem Park errichtet worden. In Berlin würde der Grund und Boden in ähnlich guter Lage mindestens das Doppelte gekostet haben. Dazu kam noch ein anderer Moment. Der Groß-Berliner Grundstücksmarkt befindet sich infolge starker Ueberinflation seit einigen Jahren in einer schwierigen inneren

Frage kamen, ist selbstverständlich.

Bezüglich Bauarbeiterschutzmaßnahmen wurden vertraglich besondere Bestimmungen festgelegt und für die Hilfsarbeiter ein höherer Stundenlohn, wie in Groß-Berlin üblich, ausbedungen und gezahlt.

Der Bau ist aus guten Ziegelfestungen errichtet, die Keller- und Parterredecken sind massiv (Kleinsches System). Die anderen Decken werden von Balken getragen. Der 28 Meter breiten Straßenfront lagert ein 8-Meter tiefer Garten vor. Die Fassade ist mit Zementkiesel gepuzt und dann mit Stahlbürsten gewaschen. Es ist dies eine in den letzten Jahren aufgekommene Putzart, die sehr dauerhaft ist und eine gute äußere Wirkung erzielt. In dem Ornament am linken Frontspieß ist ein Kreuz in der Mitte, links das deutsche Wappen und rechts eine Biene dargestellt. Kurz bedeutet: christlich-nationale Arbeiterbewegung. Im rechten Ornament stehen die Buchstaben Z. V. c. B. D.: Zentralverband christlicher

Bauarbeiter Deutschlands. In der Hinterfront befindet sich in der Mitte gelegen, ein Ausbau, der in jedem Stock zwei Wohn-, zwei Mädchen- und zwei Badezimmer umfasst. Der Hof ist zum größeren Teil mit Sträuchern und Rasen bepflanzt. Zu den Wohnungen führen zwei Treppenaufgänge, die von der Straße einen gemeinsamen Eingang haben, der an beiden Seiten von Säulen flankiert wird.

Die Büroräume und ein Sitzungszimmer befinden sich parterre, die Redaktion und Bibliothek sind im ersten Stock untergebracht.

Die gesamten Unkosten, Grundstückewerb, Bau und sonstigen Ausgaben, belaufen sich ungefähr auf 215 000 M. Da das Verbandshaus außer den Büroräumen noch elf Dreizimmerwohnungen enthält, die trotz der Kriegszeit, wegen der guten Lage und Ausföhrung, bis auf eine vermietet sind, können wir neben 1 1/2 Prozent Amortisation mit einem Zins-ertrag von 4 1/2 Prozent rechnen. Für die meisten anderweitig angelegten Verbandsgelder erhalten wir 4 Prozent Zinsen, da sie mündelsicher angelegt werden müssen. Der Verband hat also mit der Errichtung des eigenen Heims kein schlechtes Geschäft gemacht. Ein Mitglied (Bauhilfsarbeiter) hat die Hauswart-stelle übernommen und wird ihm dafür eine Zwei-zimmerwohnung als Entgelt gegeben.

Vom geborgten Bürozimmer und geschenkten alten Möbeln zum eigenen, soliden und zweck-sprechend eingerichteten Heim liegt eine Zeit von 15 Jahren. Fünfzehn Jahre Verbandsentwicklung und Verbandsarbeit, welche Erinnerungen an da nicht nachgerufen. Erinnerungen an finanzielle Sorgen in den ersten Jahren. Erinnerungen an schwere Kämpfe um die Existenz des Verbandes und um die Besserstellung der Arbeitsbedingungen. Er-innerungen an heimgegangene Mitarbeiter, denen es nicht mehr vergönnt war, die Freude am eigenen Heim zu erleben. Wenn der Verband heute so stark dasteht, daß ein stattliches Haus von seiner Lebens-kraft und seinem Lebenswillen auf Groß-Berliner Boden zeugt, so soll auch der Mitarbeiter draußen gedacht sein, die durch geistige Regsamkeit, großen Opfergeist, wahres Solidaritätsgefühl und eifrige Arbeit den Verband bis zum gegenwärtigen Stand haben entwickeln helfen. Ohne diesen idealen Schwung wäre der Verband nie zur Bedeutung gelangt. Möge der Idealismus, der jetzt in dieser großen Zeit eine Erweiterung und Vertiefung erfährt, auch in der kommenden Friedenszeit verstärkt in uns weiter wirken und unser Verbandshaus überbauern, zum Wohle unseres Standes und Vaterlandes.

Jos. Wiedeberg.

Zur Abrechnung im Kriegsjahr 1914

In der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ haben wir die Abrechnung vom Jahre 1914 veröffentlicht. Ob-schon die Zahlen für denjenigen, der sie liest und ver-gleicht, ihre eigene Sprache reden, wird es doch angebracht sein, noch einiges anzuföhren. Das Jahr 1914 ließ sich in der ersten Hälfte gut an. Die Mitgliederzahlen zeigten gegenüber dem Jahre 1913 eine Steigerung, die hoffnung-

erweckend war. Da kam der Krieg wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Manche Fragen stiegen in uns auf, insbesondere die, wie die Mitglieder zum Verbands stehen würden. Gewiß ist ein Teil derselben sofort fahnen-süchtig geworden, aber der größte Teil ist geblieben. Unsere Erwartungen in dieser Hinsicht sind nicht getäuscht worden, da wir unsere Stamm-Mitgliedschaft genau kannten. Daß ein Teil den Krieg als willkommene Ge-legenheit benutzen würde, um das Zahlen von Beiträgen einzustellen, darauf konnte man fest rechnen; denn in jeder Organisation sind ein Teil Mitglieder, die von den überzeugten Kollegen gestützt und bei der Stange gehalten werden müssen. Die jährlichen Renaufnahmen beweisen dieses. Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug am Schlusse des ersten Vierteljahres 40 958, am Schlusse des zweiten Vierteljahres 45 054, am Schlusse des dritten Vierteljahres 24 202 und am Schlusse des vierten Viertel-jahres 20 110.

Die Differenz zwischen dem dritten und vierten Vierteljahr beträgt 20 852. Von diesen waren am 1. Ok-tober 10 749 zum Heere eingezogen, so daß 10 103 übrig bleiben, wovon wir nicht wissen, wo dieselben geblieben sind. Sicher ist, daß ein bedeutender Teil davon bei Ausbruch des Krieges in die Heimat gereist ist, ohne sich am Arbeitsorte abzumelden. Unser Verband hat viele reisende Mitglieder aus dem Hessischen und vom Elbsfelde, die in Westfalen arbeiten, und es beweist uns auch die Abnahme der Mitgliederzahlen des Bezirks Bochum, daß dem so ist. Dieser Bezirk hatte am Schlusse des zweiten Vierteljahres 12 290 Mitglieder und am Schlusse des dritten nur noch 4724. Daß von den 12 290 Mitgliedern nicht 7566 zum Militär eingezogen sein können, ist wohl jedem klar. Wir können also die 10 103 nicht als direkten Verlust annehmen; wenn der Krieg zu Ende sein wird, so wird sich ein großer Teil davon schon wiederfinden. Immerhin müssen wir die Mahnung anknüpfen, daß die Abmeldungen in der Zukunft besser erfolgen, damit wir zu jeder Zeit genau feststellen können, wo die Mit-glieder sind.

Die Abnahme der Mitgliederzahl vom dritten (24 202) zum vierten Vierteljahr (20 110) ist durch die weitere Einziehung zum Heeresdienst erklärlich.

Die Reineinnahme des Verbandes betrug 807 552,82 Mark. Gegenüber der Einnahme des Jahres 1913 von 1 099 012,82 M haben wir demnach 291 460,50 M weniger eingenommen. Der Anteil der Mindereinnahme beträgt für die Zentralkasse 208 627,27 M und für die Lokal-kassen 82 833,23 M. Die Einnahme setzt sich zusammen:

	1913	1914	+ Mehr - Weniger
	M.	M.	M.
Eintrittsgebühren	9 321,—	7 464,—	- 1 857,—
Wöchentliche Beiträge	950 177,70	684 943,65	- 274 234,05
Zuschlagsbeiträge	1 557,80	714,40	- 843,40
Agitationsbeiträge	51 575,30	36 045,95	- 15 529,35
Sonstiges	77 381,02	78 834,32	+ 1 003,30

Die Mindereinnahme ist gewiß groß, aber erklärlich. Zunächst kommt in Frage, daß im Baugewerbe in der Kriegszeit die Beschäftigung beinahe vollständig aufhörte. Diesem Umstande entsprechend beschloß daher der Zen-tralvorstand und die Revisionskommission nach Anhörung der Bezirksleiter, daß alle Kollegen, die in der Kriegs-zeit arbeitslos werden, vom Beitrag befreit seien. Diese Beschluß ist jedoch für dieses Jahr wieder aufgehoben,

weil es sich herausgestellt hat, daß mit den Beitrags-freier Marken vielfach Unfug getrieben worden ist. Aus diesen Gründen erklärt sich auch die größere Mindereinnahme an wöchentlichen Beiträgen. Prozentual be-trägt die Mindereinnahme gegenüber dem Jahre 1913 28,59 Prozent. Gegenüber der Mitgliederabnahme stellt sich dieselbe sogar recht günstig. Die Mitgliederabnahme mit Einschluß derjenigen, die zum Heeresdienst eingezogen sind, beträgt vom Schlusse des zweiten Vierteljahres (45 054) bis zum Schlusse des Jahres (20 110) 55,36 Pro-zent. Berücksichtigen muß man ebenfalls auch noch, daß im dritten und vierten Vierteljahr die Haupteinnahme zeit an Beiträgen und, wie die jährlichen Renaufnahmen beweisen, im ersten und zweiten Vierteljahr die Sammel-zeit für neue Mitglieder ist.

Das Mehr bei den sonstigen Einnahmen röhrt von der erhöhten Einnahme an Zinsen her. Dieselbe betrug 1913: 42 349,28 M und im Jahre 1914: 45 043,76 M, also ein Mehr von 2694,48 M.

Der Reineinnahme von 807 552,82 M steht eine Aus-gabe von 810 734,72 M gegenüber, ausschließlich der Un-kosten für die Erwerbung des Verbandshauses. Für dieses sind verausgabt 204 984,72 M. Letztere Summe ist nicht als direkte Ausgabe zu betrachten, da ja der Wert dafür vorhanden ist. Wir müssen bei dieser Besprechung die Summe dafür auch ausschalten, da sonst ein richtiges Bild nicht herauskäme.

Die Ausgaben setzen sich zusammen:

	1913	1914	+ Mehr - Weniger
	M.	M.	M.
Militärunterstützung	3 397,—	340,—	- 3 057,—
Rechtschutz	7 138,19	8 888,69	+ 1 750,50
Krankenunterstützung	63 446,30	77 641,20	+ 14 194,90
Steuerunterstützung	14 772,—	15 438,—	+ 666,—
Sohnbeweg. u. Streiks	97 672,73	81 949,35	- 15 723,38
Gewahregeltenunterst.	3 315,99	1 354,09	- 1 961,90
Verbandsorgane	73 508,62	68 154,09	- 5 354,53
Agitation	128 291,42	123 555,14	- 4 736,28
Soziale Ausgaben	306 387,20	257 066,39	- 49 320,81
Zentralverwaltung	89 659,62	100 669,38	+ 11 009,76
Kriegerfamilien	—	117 678,50	+ 117 678,50
Arbeitslosen	—	23 004,90	+ 23 004,90

Die Mehrausgaben betragen gegenüber dem Jahre 1913: 23 150,65 M; gegenüber der Einnahme im Jahre 1914 haben wir eine Mehrausgabe von 3182,40 M.

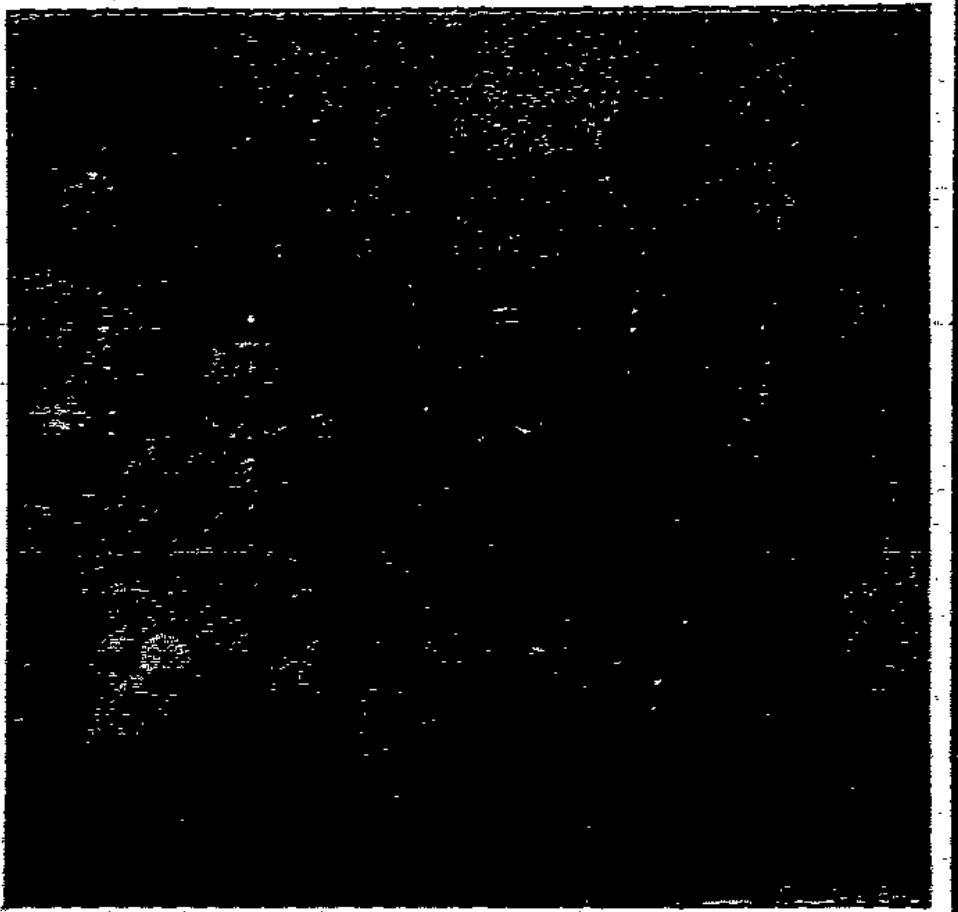
Ganz anders gestaltet sich das Bild, wenn wir die Ausgaben der Zentral- und Lokalkassen getrennt be-trachten. Da ergibt sich, daß die Lokalkassen gegenüber dem Jahre 1913: 49 320,81 M weniger Ausgaben hatten, dagegen die Zentralkasse eine Mehrausgabe von 72 471,46 Mark. Daraus ist zu ersehen, daß der Beschluß des Zen-tralvorstandes, die Einnahme während der Kriegszeit zur Unterstützung der Kriegerfamilien zu verwenden, nicht allein durchgeführt, sondern darüber noch hinausgegangen ist. Dabei müssen wir noch bemerken, daß die 117 678,50 Mark nur die beiden ersten Raten sind, wogegen die dritte Rate bereits wieder zur Auszahlung gelangt ist und die vierte in nächster Zeit zur Auszahlung ge-langen wird. Festgehalten muß dabei auch werden, daß diese Unterstützungen freiwillige bzw. nicht durch das Statut erworbene sind. Bekanntlich haben die meisten Gewerkschaften ihr Statut bei Ausbruch des Krieges außer Kraft gesetzt, meist deshalb, weil die Unter-

Feldpostbrief

Französisch-Lothringen, den 30. April 1915.

Lieber Freund!

Endlich finde ich Gelegenheit, um Dir kurz einige Erlebnis-se seit meinem letzten Brief, den Du in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht hast, mitzuteilen. Bis Ende Februar war es an unserer Front ziemlich ruhig. Da auf einmal kam der Befehl, ein vor unserer Front lie-gender Ort, den die Franzosen besetzt hielten, ist zu neh-men. Ganz die Eroberung dieses Ortes, dann fiel gleichzeitig ein in unserer linken Flanke liegendes Dorf in unseren Besitz. Ich selbst beand mich am Tage, wo der Angriff begann, am Telefon der äußersten Vor-postenstellung, als eine Kompanie, ausgerüstet mit Hand-gewehren und Maschinengewehren, den Vormarsch begann. Von unserer in einem Bächen hochgelegenen Stellung aus konnten wir das Geschehen gut übersehen. Es folgten einige Schüsse auf die hinter Bäumen versteckten fran-zösischen Postierungen, und eine vor dem Dorfe ge-lagerte Höhe war auch schon in unseren Besitz. Nicht so leicht war die Einnahme des Dorfes selbst und der beiden gegenüberliegenden Höhen. Jeden Tag und eine Nacht wogte der Kampf hin und her, bis das Dorf er-laubt war und die zur Verteidigung für uns notwendigen Höhen in unsern Besitz gelangten. Alle Angriffe des Feindes, um uns wieder zu vertreiben, blieben erfolglos. Ein besonders heftiger Tag war der 4. März. Mit Artillerie-schweren Kanonen schloßen die Franzosen aus den ver-schiedenen Richtungen auf unsere bis dahin erst not-dürftig gehaltenen Schützengruben. Der ganze Vormarsch, den die zwei Vorpostenkompanien bereits hatten, wurde eine einzige Schützengrube. Das mühselige Gezer



Eine Erinnerung

an den geliebten Kollegen Richard Schneider (1). Rechts von ihm ist Kollege Janssen (2), Bezirksleiter von Gannert.

auch keine Minute aus. Da gab es kein Entrinnen. Der Gegner hatte natürlich die Absicht, unsere Vorposten-kompanien zusammenzuschießen, und dann die Stellung durch seine Infanterie, die sich auf nahe Entfernung herangearbeitet hatte, von uns säubern zu lassen. Es kam Gott sei Dank anders. Obwohl wir schwere Verluste erlitten, reichte unsere Kraft noch aus, um der gegen Abend vorgehenden feindlichen Infanterie einen wür-digen Empfang zu bereiten. Auf kurze Entfernungen wurden die feindlichen Schützen hingestreckt. Die Stellung wurde von uns behauptet und ist heute fest in unserm Besitz.

Täglich werden wir von der feindlichen Artillerie bombardiert; zum Glück haben wir dabei nur geringe Ver-luste. Am 31. März fand in unserm Bereich ein weiteres Vorpostengefecht statt, an dem besonders das Regiment links von uns beteiligt war. Hierbei erlitten die Fran-zosen erhebliche Verluste. Dieser Tag brachte uns auch eine Anzahl Gefangene. Dieselben machten freudige Ge-sichter und schienen froh zu sein, aus dem Kampfgetümmel herauszukommen.

Abgesehen von der täglichen Schießerei, hat sich seit vier Wochen an unserer Front nichts von Bedeutung ereignet. An Granaten sparen die Franzosen nicht. Be-sondere Vorliebe zeigt der Gegner für die Zusammen-schießung der hinter der Front liegenden Dörfer, ob-wohl es sich dabei um Eigentum und Einwohner des eigenen Landes handelt. Alle Ortschaften, in denen er unsere Reitertruppen vermutet, werden täglich mit Gra-naten belegt. Vor einiger Zeit flog eine schwere Granate vor unserem Hause in den Straßengraben, ohne jemand zu verletzen. Es ist geradezu ein Wunder, daß unser Dorf hier nun seit Wochen besetzt wurde, ohne daß auch nur ein Mann verletzt worden wäre. Wird die Schießerei

stiftungen, die im Statut vorgesehen waren, nicht durchführbar waren. Wir haben dieses nicht getan, und so sehen wir auch, daß die Unterstiftungen, speziell die Krankenunterstützung, ihre relative Steigerung aufweisen. Krankenunterstützung wurde im Jahre 1912: 50 187,55 Mark gezahlt, im Jahre 1913: 68 446,30 M und im Berichtsjahre 77 641,20 M. Andere Unterstiftungen, wie Rechtschutz, Streit und Gemahregelten, zeigen naturgemäß eine Abwärtsbewegung. Für Militärunterstützung sind nur 340 M gezahlt, dagegen im Jahre 1913: 3397 M. Dieses ist dadurch erklärlich, daß die Berechtigten sich im Kriege befinden und deshalb eine Auszahlung nicht vorgenommen werden konnte.

Der Vermögensbestand schließt mit 1 508 868,74 M ab, gegenüber dem Vorjahre eine Abnahme um 3182,40 M. Der Bestand in den Solarkassen hat sich um 21 961,28 M verringert. Diese rühren daher, weil viele Verwaltungsstellen ihren Kollegen im Felde Liebesgaben zusenden und auch deren Familien eine Unterstützung zahlten. Des Vermögens der Zentralkasse hat, trotz der höheren Ausgaben von 72 471,46 M, noch eine kleine Zunahme von 18 781,88 M zu verzeichnen. Sicher ist dieses ein Beweis für die gesunde Finanzwirtschaft unseres Verbandes, deren wir uns alle erfreuen können. Auch unsere Feldgranen werden sich darüber freuen. Unzählige Aufträge sind von diesen bereits an uns gerichtet worden, wie es im Verbandsaussehe, ob auch die Mitglieder ihre Beiträge zahlten usw. Wir können ihnen nunmehr mitteilen, daß die Kollegen, die nicht im Felde stehen, ihre Pflicht getan haben und auch in diesem Jahre wieder tun wollen. Allen Kollegen, die an diesem Resultat mitgewirkt haben, wollen auch wir unsern Dank aussprechen. Wir wissen wohl, daß es außerordentliche Arbeit gekostet hat, um dieses Ergebnis zu verzeichnen zu können, zumal in der Kriegszeit. Wollen wir jedoch für 1915 ein annähernd so günstiges Resultat erzielen, so bedarf es noch weit größerer Anstrengung wie im Jahre 1914. Immer mehr Kollegen, hauptsächlich aus der Vertrauensmannschaft, werden zu den Fahnen gerufen. Diese müssen wieder ersetzt werden. Daher Freiwillige vor! Zeigen wir unseren Kriegerern, daß auch wir bereit sind, das Ertrugene nicht allein zu halten, sondern womöglich noch zu befestigen. Eine spätere Zeit wird unsere Arbeit lohnen.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten die Kollegen: **Rudolf Opyel**, Vorsitzender der Zahlstelle Unterebersbach (erhielt früher schon das Militärverdienstkreuz); **August Kröselberg**, Mitglied der Zahlstelle Mangel; **Adolf Wittigmann**, Mitglied der Zahlstelle Düsselndorf, Maurer; **Sternitzko**, Mitglied der Zahlstelle Hochow; **Michael Weg**, Mitglied der Zahlstelle Zingelst; **Ludwig Semar**, Mitglied der Zahlstelle Contwig. Unsere Glückwünsche.

Weitere Ausdehnung der Wochenhilfe. Einem Wunsche des Reichstags entsprechend ist nun die Wochenhilfe auf weitere als Arbeiterkreise ausgedehnt worden. Die diesbezügliche Bekanntmachung des Bundesrats vom 23. April 1915 sagt: Anspruch auf Wochenhilfe aus Mitteln des Reichs haben, während der weiteren Dauer des Krieges, Wöchnerinnen, deren Ehemänner Kriegsdienste leisten, tot oder verwundet sind. Es kommen zunächst jene Wöchnerinnen in Betracht, welche als „minderbemittelt“ die Familienunterstützung von monat-

gar zu toll, dann wird natürlich nach Möglichkeit Deckung in den zum Teil gewölbten Kellern gesucht.

Den Franzosen ist keine Kulturstätte zu heilig, um nicht in Trümmer geschossen zu werden. Die drei in unserm Vorpostenbereich liegenden Dörfer hatten prächtige Kirchen. Es waren wirkliche Schmuckkästchen. Zwei davon sind völlig zerstört und die dritte erhielt vor einigen Tagen auch eine Granate, die die Zertrümmerung sämtlicher wertvollen Fenster zur Folge hatte, die Kanzel von der Wand riß und auch sonst große Verwüstungen anrichtete.

Unser Verkehr mit den Einwohnern des feindlichen Landes ist korrekt. Obwohl dieselben bereits seit Kriegsbeginn mit dem eigenen Lande keinen Verkehr haben und über nichts unterrichtet sind, glauben dieselben an den Sieg der Franzosen als etwas Selbstverständliches. Jedenfalls haben dieselben keine Veranlassung, sich gegen die Behandlung des deutschen Soldaten zu beschweren. Wenn die französische Heeresleitung den eigenen Soldaten dennoch mit angeblichen Greuelthaten der Deutschen Mut zu machen versucht, dann beweist dieses nur, wie tief die heutigen Macher des einst so stolzen und wirklich schönen Landes gesunken sind. Einmal kommt die Wahrheit doch heraus, und dann wird das irreführende Volk die Poincarés und Konforten schon hinwegjagen.

Der Krieg wird wohl noch lange dauern, an dem endgültigen Siege unserer Waffen kann auch wohl bei dem Gegner kein Zweifel mehr sein. Ich schließe mit der Hoffnung, daß wir die Feinde endgültig niederkämpfen, und daß wir uns nach dem Kriege wiedersehen!

Mit herzlichsten Grüßen

Carl Hillenbrand.

lich 12 M erhalten. Als „minderbemittelt“ im Sinne der neuen Bekanntmachung gilt eine Wöchnerin, deren Mann im Jahre vor dem Eintritt zum Militärdienst nicht mehr als 2500 M Einkommen gehabt hat, und wenn davon der Wöchnerin höchstens 1500 M und jedem vorhandenen Kinde unter 15 Jahren weitere 250 M verbleiben. Eine Wöchnerin, die bereits vier Kinder hat, erhält also Wochenhilfe auch dann, wenn ihr die vollen 2500 M Jahreseinkommen des Mannes verbleiben. Die Wochenhilfe besteht aus einem einmaligen Beitrag von 25 M bei der Entbindung; ein Wochengeld von täglich 1 M acht Wochen lang; 10 M Hebammengeld sowie Stillgeld von täglich 50 Pfg., wenn die Wöchnerin ihr Neugeborenes selbst stillt, zwölf Wochen lang.

Die Getreide- und Mehlvorräte werden auf Anordnung des Bundesrats am 9. Mai 1915 erneut festgestellt. Müller, Bäcker, Händler haben, ebenso wie die Landwirte, ihre in der Nacht vom 8. zum 9. Mai in ihrem Gewahrsam befindlichen Mehl- und Getreidevorräte anzugeben. Vielleicht bringt diese Aufnahme höhere Brotquotationen.

Arbeiterbeschütz in der Kriegszeit. Die königliche Gewerbeinspektion von Barmen hat folgende, allgemeine beachtenswerte Bekanntmachung veröffentlicht: Durch amtliche Wahrnehmungen der zuständigen Behörden ist festgestellt worden, daß während des Krieges in einzelnen gewerblichen Betrieben die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in gesetzlich unzulässiger Weise beschäftigt worden sind. Dies ist augenscheinlich in dem unzutreffenden Glauben geschehen, daß die Beschäftigungsweise der genannten Arbeiter regelnden Bestimmungen in §§ 135-137 der Reichsgewerbeordnung durch den Krieg aufgehoben worden sind. Diese Annahme trifft indes nicht zu. Die Arbeiterbeschützvorschriften sind nach wie vor in Geltung und müssen auch von den Gewerbetreibenden, die Militärlieferungen übernommen, voll und ganz beachtet werden. Abweichungen davon sind nur auf Grund besonderer Genehmigung statthaft. Nachdem der Reichskanzler bisher davon abgesehen hat, allgemein oder für bestimmte Bezirke oder für bestimmte Arten von Anlagen Ausnahmen von den in §§ 135 bis 137a Abs. 2, § 151a der Gewerbeordnung vorgesehenen Beschränkungen und von den auf Grund der §§ 120b, 120f, 130a der Gewerbeordnung vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914, betr. Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter, zu gewähren, erfolgt die Genehmigung von Ausnahmen für einzelne Betriebe und von Fall zu Fall durch den Gewerbeinspektor, soweit dieser bisher als untere Verwaltungsbehörde (vgl. § 13 der abgeänderten Ausführungsverordnung zur Gewerbeordnung) dafür zuständig war, im übrigen durch die Regierungspräsidenten.

Gelbe Werkvereine und Arbeitsnachweise. Die vier Gewerkschaftsrichtungen haben bekanntlich eine gemeinsame Aktion zwecks gesetzlicher Regelung des Arbeitsnachweiswesens unternommen. Gegen diese Bestrebungen, die bekanntlich im Reichstag eine große Mehrheit hinter sich haben, ist von Seiten der Großindustriellen heftiger Widerspruch erhoben worden. Bezeichnenderweise werden nun dieselben Bedenken von den gelben Werkvereinen geltend gemacht. Sowohl der „Bund“, das Blatt der Verklüger Richtung, wie der „Werkverein“, das Organ der westdeutschen Gelben, wenden sich gegen die von den selbständigen Gewerkschaften gemachten Reformvorschlüge. Der „Werkverein“ (Nr. 16, 1915) möchte es nicht darauf ankommen lassen, in dieser ersten Zeit „durch sozialistische Experimente“, die nicht unbedingt notwendig sind, tiefgreifende Veränderungen zu schaffen und durch Versuche mit unerprobten Mitteln Gefahren (!) heranzubeschwören. „Im übrigen aber sollte man“, schreibt das gelbe Blatt zum Schluß, „mit der Auflösung so schwerwiegender Fragen, in denen durchaus keine Einmütigkeit herrscht, während des Krieges vorsichtiger sein. Dem „Bürgerfrieden“ wird jedenfalls nicht gedient, wenn man öffentliche Forderungen erhebt, die öffentlichen Widerspruch herausfordern.“ — Inwieweit eine Reform der Arbeitsvermittlung den Bürgerfrieden gefährden könnte, ist das Geheimnis der gelben Kritiker. Gegen die Gründe ihres eigenartigen Verhaltens soll an dieser Stelle nichts gesagt, aber die Tatsache festgehalten sein, daß die gelben Vereine auch in dieser Frage mit den Unternehmern gegen die Forderungen der Arbeiterorganisationen vorgehen.

Großindustrie, Arbeiterbewegung und Regierung. Unter dem Stichwort: „Kirdorf der Unpersönliche“ schreibt das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften (Nr. 9, 1915) zu der vierstündigen Rede des Geheimrats Kirdorf in der Versammlung der Reichskirchlicher Bergarbeitervereine u. a. folgendes: „Solche Ausführungen sind nur imstande, auch dem letzten Vergarbeiter zu zeigen, was die Stunde heißt nach dem Kriege. Hoffentlich überdauert das ehrliche Bestreben, lediglich die Interessen der Bergarbeiter wahrzunehmen, aus dem die gemeinamen Bergarbeiter der verschiedenen Bergarbeiterverbände in den letzten Wochen entsprungen sind, die Kriegszeit. In diesem Falle wird sich auch Herr Kirdorf allmählich zu der Auffassung bequemen müssen, daß es Pflicht der Regierung ist, dieselben Verbindungen mit den Arbeiterorganisationen herzustellen, wie sie mit den Interessensvertretungen der übrigen Gewerkschaften längst gepflegt und als selbstverständlich angesehen wurden. Der Einfluß der Kreise, die einer energischen Interessensvertretung der Arbeiter staatsfeindliche Bestrebungen unterstellen zu können glauben, wird durch den Krieg bestimmt nicht gestärkt werden. Es wäre auch noch schöner, wenn die industriellen und gewerblichen Arbeitermassen, die das Gros des deutschen Herzes bilden und die auf hundert Schlägen die Zukunft Deutschlands erarbeiten und sicher stellen müssen, nach dem Kriege dem Reichsreich und den sozialen Anstrengungen

derer um Kirdorf überantwortet würden. Die Regierung und das Parlament möcht'n wir lernen, die solches fertigbrachten! Im übrigen haben wir vom Reichsamt des Innern und dem Preussischen Handelsministerium in den letzten Monaten eine Auffassung gewonnen, die der Kirdorfschen diametral entgegensteht: wir glaubten bei den beiden Regierungsbehörden eine überspannte und sachlich unbegründete Schüchternheit und Angst vor den rheinisch-westfälischen Großindustriellen festzustellen und beobachtet zu haben, ein Umstand, an dem selbst die Bewirkung naheliegender und bestimmt durchführbarer Arbeitserfordernisse scheiterte. Zum Schusse sprechen schließlich auch wir die Hoffnung aus, daß unser entgegengegesetzter Warnungsruf von einer „gewissen Regierungsstelle“ — gehört und gewürdigt werden möge.“

Zahlen aus dem Feldzug 1870/71. Im Kriege gegen Frankreich 1870 wurden unter die Waffen gerufen: 42 420 Offiziere und 1 451 992 Mann. Die Grenzen Frankreichs überschritten 33 000 Offiziere und 1 113 250 Mann. Von diesen Kämpfern starben an ihren Wunden 4184 Offiziere und 81 304 Mann. Vermißt waren 102 Offiziere und 12 752 Mann. Die deutsche Armee erlitt also eine Einbuße von 6247 Offizieren und 123 453 Mann, das ist 19 Prozent der Offiziere und 11 Prozent der Mannschaft. 40 743 Mann an Toten verlor die deutsche Armee im ganzen, da 12 147 Mann infolge Krankheit starben. Aus dem damaligen Feldzuge sind heute noch rund 300 000 Kriegsteilnehmer-Veteranen vorhanden. Der heutige Weltkrieg wird die hier gegebenen Zahlen weit in Schatten stellen.

Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der Schweiz. Die Schweiz ist am jetzigen Weltkriege direkt nicht beteiligt. Die Bundesstruppen sind unter die Waffen gerufen, nur um die Neutralität des Landes zu wahren. Wirtschaftlich und finanziell verspürt aber auch die Schweiz den Krieg sehr. Die bewaffnete Neutralität kostet sie heute schon mehr als 100 Millionen Mark. Das Wirtschaftsleben leidet schwer. Demgemäß hat sich, wie die „N. Züricher Ztg.“ in ihrer Nr. 463 mitteilt, die Lebenshaltung weiter Kreise sehr verschlechtert. Die Fleischpreise sind erheblich gestiegen. Der Weizenpreis ist im Februar 1915 gegenüber dem Vorjahre um 66 Prozent gestiegen. Die Verteuerung des Brotes hat, dank der Maßnahmen des Bundesrats, eine Steigerung von nur 24 Prozent erfahren. Nur die Mehlpreise sind ziemlich gleich geblieben: 25 Rappen = 20 Pfg. pro Liter. Die Preissteigerung empfindet insbesondere die Arbeiterschaft sehr, da sie die Kaufkraft des Lohnes drückt. Da ausländische Unternehmer höhere Lohnangebote machen, wandern viele Arbeiter aus. Die „N. Z. Ztg.“ warnt davor. Lediglich das Brot sei in Deutschland und Frankreich billiger. Im übrigen sei auch da die Lebenshaltung teuer. Die Auswanderungslosen müßten ebenfalls in Rechnung gestellt werden.

Der Arbeitsmarkt im März 1915

Auch für den achten Kriegsmonat tritt, so berichtet das „Reichsarbeitsblatt“, derselbe lebhafteste Beschäftigungsgrad der meisten deutschen Gewerbezweige hervor, der seit einer Reihe von Monaten für die Wirtschaftslage kennzeichnend ist. Einige Industrien haben im März noch eine weitere Steigerung ihrer Tätigkeit erfahren.

Nach den Berichten der einzelnen Unternehmen und Verbände wies der Kohlenbergbau ungeachtet starker Nachfrage auf. In verschiedenen Gebieten ist noch eine weitere Erhöhung des Abjages und der Förderung eingetreten. Auch die Hoheisenherzeugung verzeichnete im März eine Steigerung. Insbesondere macht sich eine weitere Verbesserung des Beschäftigungsgrads bei den Stahl- und Walzwerken geltend. Auch die übrigen Zweige der Metallindustrie haben, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, eine Steigerung der Tätigkeit erfahren. In der Maschinenindustrie behauptete sich im Berichtsmonat nicht nur die lebhafteste bisherige Beschäftigung, sondern der Tätigkeitsgrad verstärkte sich teilweise im Vergleich zum Vormonat noch; ähnliches gilt auch für die elektrische Industrie. Die chemische Industrie und das Spinnstoffgewerbe wiesen im ganzen keine wesentliche Veränderung auf; einzelne Abjagungen stehen hier andererseits Steigerungen in der Beschäftigung gegenüber. Für den Baumarkt kann über eine wesentliche Besserung noch nicht berichtet werden.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergaben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. April dem Anfang des Vormonats gegenüber eine geringfügige Abnahme der männlichen Beschäftigten um 1,01 v. H. und eine Zunahme der weiblichen Beschäftigten um 2,07 v. H. Insgesamt haben die Beschäftigten um 0,23 v. H. zugenommen. Die Verminderung der männlichen Beschäftigung geht auf neue Einberufungen zum Heeresdienst zurück.

Die Arbeitslosigkeit hat sich weiterhin verringert. Von den 1,14 Millionen Mitgliedern, über welche von 38 Fachverbänden für den März berichtet wird, waren 3,4 v. H. gegenüber 5,1 v. H. im Vormonat arbeitslos. Bei den berichtenden Arbeitnehmern ist die Zahl der Arbeitssuchenden im Verhältnis zu der der offenen Stellen im März bei den männlichen Personen sowohl dem Vormonat gegenüber wie besonders im Vergleich zum März 1914 erheblich zurückgegangen, bei den weiblichen Personen dagegen gestiegen. Auf 100 offene Stellen kamen nur 98 männliche, dagegen 152 weibliche Arbeitssuchende.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweisverbände hat sich der Arbeitsmarkt in Brandenburg-Berlin wie in Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen im allge-

meinen noch günstiger als im Vormonat gestaltet. Besonders machte sich im März auch in Schlesien eine erhebliche Steigerung der Tätigkeit der Arbeitsnachweise und eine erfreuliche Besserung in Beschäftigungsgrade geltend. Auch in Sachsen-Anhalt entwickelte sich der Arbeitsmarkt im März in der gleichen Richtung wie in den Vormonaten. In Hamburg haben sich die Beschäftigungsverhältnisse für die männlichen Personen weiterhin wesentlich gebessert. Ebenso gestaltete sich die Lage des Arbeitsmarkts in Bayern und Württemberg wesentlich besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Für Schleswig-Holstein wird die Gesamtlage als dauernd günstig bezeichnet. In Posen und Pommern überstieg die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot von Arbeitern. Ebenso ist in Westfalen der Arbeitermangel nicht geringer geworden. Im Rheinland, in Hessen-Nassau und Hessen wie in Baden sind wesentliche Veränderungen auf dem Arbeitsmarkte nicht eingetreten.

Das Baugewerbe.

Nach den Verbandsnachrichten, die für das „Reichs-Arbeitsblatt“ eingegangen sind, war in einzelnen Gegenden des Ostens für die Militärverwaltung ausreißend zu tun. In Mitteldeutschland ist im allgemeinen noch keine Besserung eingetreten; abgesehen von einigen Arbeiten für die Heeresverwaltung war die Beschäftigung, wie berichtet wird, gering.

Der „Baumaterialien-Markt“, Zentralorgan für den gesamten Baumarkt, Leipzig, schreibt: „Die schon so lange erhoffte Belebung der Bautätigkeit ist im Verlaufsabschnitt nur erst vereinzelt aufgetreten. Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden blieben zwar weiter bemüht, dem Baugewerbe nach Möglichkeit Beschäftigung zu geben, aber die Errichtung industrieller Anlagen stockte im Berichtsmonat noch ebenso wie der Bau von Wohnhäusern. Industrielle und Private verhielten sich noch immer abwartend. Sicher wirkten dabei in erheblichem Maße die großen Schwierigkeiten mit, die sich bezüglich der Geldbeschaffung für Bauzwecke allenthalben zeigen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, steht aber wohl eine mäßige Belebung der Bautätigkeit bevor. Alljährlich setzt in den Monaten März/April die Bautätigkeit mit größerer Lebhaftigkeit ein. Leider war bisher das Wetter zum Bauen wenig günstig. Sobald aber einige Tage gutes Wetter anhält, war hiervon auch sofort eine günstige Mitwirkung auf dem Baumarkte zu verspüren. Erfreulicherweise wird auch aus mehreren Bezirken berichtet, daß man der Gefälligkeit der Dinge auf dem Baumarkte neuerdings größeres Interesse entgegenbringe und daß die Behörden, namentlich die kommunalen, bestrebt seien, durch Vergabe der erforderlichen Geldmittel die private Bautätigkeit zu heben. So haben beispielsweise die städtischen Kollegien zu Leipzig beschlossen; diejenigen Bauherren geldlich zu unterstützen, die trotz des Krieges gebaut haben oder jetzt bauen wollen, und in Nürnberg stimmte das Gemeindefolgeamt einem Antrag auf Zinsfremdung von 200 000 M zur Gewährung von Darlehen an solche unterstützungsbedürftige Hausbesitzer zu, die bauliche Veränderungen beabsichtigen oder schon in Auftrag gegeben haben. Die Kriegskreditbank in Nürnberg hat sich bereit erklärt, den erwählten Betrag vorläufig vorzuschießen. Wäre es nicht auch in andern Städten möglich, in ähnlicher Weise für bauliche Zwecke Geldmittel zu beschaffen? Jedenfalls würden sich vor allem die Kriegskreditbanken den Dank weitester Kreise des Baugewerbes und der Baustoffindustrie sichern, wenn sie sich entschließen, ihre reichen Mittel dem soliden Baumarkte nicht mehr wie bisher ganz zu verschließen, sondern in annehmbarer Weise zur Verfügung zu stellen. Die Dresdner Kriegskreditbank hat damit bereits den Anfang gemacht, und es ist nur zu hoffen, daß ihrem Beispiel recht viele gleiche oder ähnliche Institute folgen.“

Nach den Monatsberichten der „Tonindustrie-Zeitung“ hielt im allgemeinen auch im März die winterliche Geschäftstille noch weiter an. Immerhin konnte aber schon an verschiedenen Orten Mittel- und Norddeutschlands, wie in Bremen, Wilhelmshaven, Stettin, Sommerfeld R.-L., Wittenberg (Bez. Halle) und Danneberg, eine mehr oder weniger befriedigende Bautätigkeit verzeichnet werden. Private und Unternehmerbauten wurden allerdings auch dort nach wie vor nicht errichtet, wohl aber öffentliche und Fabrikbauten. Geringfügiges Leben zeigte der Baumarkt auch in einzelnen Orten der übrigen Teile Deutschlands, so in Süddeutschland, besonders in Stuttgart, Augsburg, Konstanz i. B. und Nürnberg, in Westdeutschland, in Dortmund, Krefeld, Köln a. Rh. und Kassel, in Ostdeutschland, in Marienburg und Reutich. Im übrigen herrschte besonders in Elsaß-Lothringen, der Rheinprovinz, Hessen, dem Königreich Sachsen, Thüringen, der Provinz Sachsen, Posen und Schlesien Stille. Wenn auch in Ostpreußen und Elsaß-Lothringen mit dem Wiederaufbau der zerstörten Landesteile sicher auf eine Belebung der Bautätigkeit gerechnet werden kann, so darf doch der Einfluß namentlich des Wiederaufbaues Ostpreußens nicht übersehen werden.

Verbandsnachrichten

Sie machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 9. Mai, der 10. Sogenbeitrag für das Jahr 1915 fällig ist.

Selbst. Im Sonntag, den 18. April, hielt unsere Verbandsversammlung im Saal des General-Commodore ab. Der Saal war ganz schön mit den Kollegen, welche durch große Mühseligkeit und Verdienst auf einen ein dauerndes Einkommen zu bekommen. Hiermit erhebt der Saal den Erfolg des Jahres- und Sogenbeitrag.

Einleitend wies er darauf hin, daß durch die Einberufung vieler guten Mitarbeiter die Geschäftsführung in den Zahlstellen sich erschwert, manche von denen aber, die daheim bleiben könnten, interessenlos beiseite ständen. Gut sei es, wenn solche einmal unsere im Felde stehenden Kollegen ablösen könnten. Im Berichtsjahre wurden 49 Kollegen neu aufgenommen und 13 traten aus anderen Verbänden zu uns über. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 618. 261 Mitglieder standen am Jahresabschluss unter den Fahnen, wovon 22 bis zur Jahreswende den Selbstmord gestorben sind. Soweit die Adressen gemeldet sind, wird den Mitgliedern das Verbandsorgan ins Feld nachgeschickt, was stets mit Dank beantwortet wird. Ueberhaupt ist der schriftliche Verkehr mit unsern Feldgrauen sehr umfangreich, die Verbindung mit dem Verwaltungsstellenbureau halten sie aufrecht. In der Verwaltungsstelle wurden im Berichtsjahre 108 Versammlungen und Sitzungen abgehalten. In der Rechtsjuristität des Beamten war ein Besuch von 256 Personen mit 234 Auskünften und 72 Schriftsätze zu verzeichnen. Der Barerfolg betrug 537,71 M, wäre jedoch höher, wenn alle über den Ausgang berichteten, wozu immer noch ermahnt werden muß. An Lohnerhöhungen erreichten wir am Bahnbau Kerzeß 3 Pf. für Maurer und 5 Pf. für Steinbauer pro Stunde. Der Postausgang belief sich auf 2388 Cen-

Schlusswort an alle, stets treue, pflichtbewusste Gewerkschaftler zu bleiben und dem Verband neue Kämpfer zuzuführen, fand die gut verkaufene Versammlung ihren Abschluss.


Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauinstitute, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauinstitute sind so schnell wie möglich einzuliefern.)

Böhm. Am Montag, den 26. April, stürzte am Neubau des Warendhauses der Monteur Stephan Kati infolge eines Fehltrittes so unglücklich ab, daß der arme bereits am selbigen Abend, ohne das Bewußtsein wieder zu erlangen, starb. Bei den Arbeiten, welche hoch am Dach im Lichtschacht vollzogen wurden, soll ein Schutgerüst gefehlt haben. — Bauarbeiter achtet auf den Bauarbeiterstuhl!

Bücherschau

Ein Nachtangriff der Franzosen bei Bauquois bricht unter dem Feuer der deutschen Truppen zusammen. Dieses Ruhmesblatt deutscher Tapferkeit aus der Winterschlacht in der Champagne vom 10. März schildert ein Augenzeuge in den beiden erschienenen neuesten Heften (22/23) von Bong's illustrierter Kriegsgeschichte „Der Krieg 1914/15 in Wort und Bild“ (Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W 57, Preis jedes Heftes 80 Pf.). Sechs Kriegstakte französischer Armeekorps stürmten wiederholt Tag und Nacht gegen die deutschen Stellungen an, mußten aber endlich unter großen Verlusten den Rückzug antreten. 45 000 Mann an Toten und Verwunden betragen die Gesamtverluste der Franzosen, und 2450 unverwundete Franzosen, darunter 85 Offiziere, wurden von den Deutschen zu Gefangenen gemacht. Von dem Schlachtenmaler Paul Halle finden wir ebenfalls ein tiefergreifendes Bild, „Die letzten Patronen“; ein vorgeschobener Posten hält, des feindlichen Regenregens nicht achtend, in opfermütiger Tapferkeit bis zur letzten Patrone, die den gefallenen Kameraden aus den Taschen genommen sind, die besoffene Stellung. In dem ersten Teil, der eigentlichen Kriegsgeschichte, werden die furchtbaren Kämpfe bei Vohz, Kupno, an der Szura, Staroka und Wilica gegen die Russen geschildert, die durch herrliche Siege des Generalfeldmarschalls von Hindenburg gekrönt werden. In dem zweiten Teile, der Kriegsgeschichte in Einzeldarstellungen, finden wir interessante Feldpostbriefe vom Herland, aus den blutigen Kämpfen in den Karpaten, daneben Abhandlungen über die Beschichtung der Dardanellen, aus den Kämpfen im Kaukasus u. a. m. Sie sämtlich sind reich mit Illustrationen geschmückt. Zwei farbige Kunstblätter, „Helldämoner Sturmangriff polnischer Agitatoren bei Wrangorob“ und „Nachtgefecht einer schweren haubigen Batterie“, schmücken die überaus interessanten Hefte. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht vergessen, unsere Leser nochmals auf Bong's illustrierte Kriegsgeschichte hinzuweisen, deren hervorragende Mitarbeiter für eine ebenso sachdienliche wie wertvolle Darstellung bürgen.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

Heinrich Krieg.	Verwaltungsstelle Kreuznach.
Andreas Sattig aus Dieburg.	
Ludwig Reus aus Neuenhain i. L.	
Jakob Eries aus Argenthal.	Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.
Wilhelm Abel.	Zahlstelle Ellar.
Jos. Schilling.	
Jos. Fritz.	Zahlstelle Oberrod.
Paul Smolinski.	
Jos. Stucken.	Zahlstelle Herne.
Ignaz Bruckwinski aus Jersig.	Verwaltungsstelle Posen.
Karl Viefer aus Müdigheim.	
Jos. Struden.	Zahlstelle Schweinsberg.
Theodor Neltermann aus Niederklein.	Zahlstelle M.-Glabach.
Reinhold Scharmanst.	Verwaltungsstelle Essen a. d. Ruhr.
Rudolf Jülich.	Zahlstelle Danzig, Zimmerer.
Alexander Kersthold.	
Georg Bill aus Frickhofen.	Zahlstelle Hagen i. W.
Joh. Boctoneck aus Kaschau (Schlesien).	Verwaltungsstelle Gelsenkirchen.
Eduard Elsner.	Zahlstelle Köln.
Alexander Diebold aus Drußenheim.	Zahlstelle Hohensalza.
Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.	Verwaltungsstelle Straßburg i. E.

Durch den Krieg wurden uns bisher 825 brave Kollegen entzogen.

bungen (ohne Feldpost). Der Versammlungsbesuch im Berichtsjahre war nicht befriedigend, und muß es Aufgabe der Kollegen sein, hier für Besserung zu sorgen. Auch ist es Pflicht eines jeden, dafür einzutreten, daß kein Arbeitgeber sich den tariflichen Pflichten entzieht und den ab 1. April d. J. fälligen Tariflohn von 48 Pf. für Maurer und 39 Pf. für Hilfsarbeiter zahlt. Sind es doch die altbekannten Firmen, welche sich dieser Pflicht entziehen wollen. Hier geschlossen vorzugehen, muß der Wille eines jeden sein, um dieses Uebel zu beseitigen und solche Herren zum Pflichtbewußtsein zu erziehen. Es lassen auch immer noch Beschwerden darüber ein, daß man den Angehörigen der Kriegsteilnehmer bei Auszahlung der staatlichen Unterstützung in den Landgemeinden die Steuern laufend abgehalten hat. Der Aufsichtsrat der Verwaltungsstelle hatte eine Gesamteinnahme von 10 482,08 M, wovon 4670,94 M an die Zentrale gezahlt, 1908,10 M für Militär-, Kranken- und Altersunterstützung ausgezahlt wurden. Die lokalen Ausgaben betrugen 237,92 M. Der Postausgang belief sich auf 365,07 M an. Nach gegebenem Bericht wurde dem Beamtentum und allen Mitarbeitern der Dank der Versammlung ausgesprochen. Einmütig ist beschlossen worden, den Nachbeitrag um 5 Pf. zu erhöhen, für Maurer in Höhe 70 Pf. und Hilfsarbeiter 60 Pf. von jetzt ab zu zahlen. Dieses wird hiermit zur Kenntnis gegeben und den Herrn verlangt, diesem Beschluß nachzukommen. Nach den üblichen Beschlüssen und einem letzten



Deutsche Volksversicherung

Wer

Frau u. Kinder für seinen Todesfall schützen und sich für sein Alter, oder für die Ausbildung, Aussteuer oder den Sterbefall seiner Kinder

ein Kapital bis zu 2000 M.

sichern will, wähle die besonders günstigen Tarife unserer gemeinnützigen Volksversicherung.

Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands

Anfragen erbeten an:

Generalsekretariat der Christl. Gewerkschaften
Köln a. Rhein, Senloer Wall 9

K. Kampmann, sämtlich in Berlin.